

===== Anzeigenpreis: =====

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Bq. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postsch.
-konto Hannover 67 877.

Wenn es bezüglich des Parteicharakters des Christlichen Volksdienstes für mich auch keinen Zweifel gibt, so möchte ich trotzdem an die Mitglieder des Parteivorstandes die Anfrage, ob sie der von mir dargelegten Auffassung zustimmen. Zugleich bitte ich, mir auch die an sich selbst-

verständliche Auffassung bestätigen zu wollen, daß die auf deutschnationaler Liste gewählten Reichs- und Landtagsabgeordneten sich der deutschnationalen Fraktion anzuschließen haben. Mit dem Austritt aus dieser Fraktion und mit dem Beitritt zu einer anderen Fraktion oder Fraktionsgemeinschaft erlischt somit die Mitgliedschaft in der deutschnationalen Volkspartei ohne weiteres. Ich bitte um Ihre Äußerung bis zum 20. Januar 1930."

In der deutschnationalen Volkspartei ist man nur gegenüber den Christlich-Sozialen so konsequent. Sie hatten ihre Parteiorganisation feinerzeit restlos aufgelöst, um mit den übrigen Gruppen, insbesondere dem Deutsch-konservativen Hauptverein, eine neue, auf christlich-sozial-konservative Staatsziele hinstrebende größere Rechte zu schaffen.

Der konservative Hauptverein mit seinem Elfer-Ausschuß aber blieb bestehen.

Bei allen großen politischen Anlässen richtete diese Gruppe, die, der Not gehorchend, nicht aus freien Stücken, sich nicht an die politischen Wahlen mehr heranwagte, öffentlich ihre Forderungen an die Partei, und auf dem Wege über ihre Verbindungspersonen wurden auch ihre Kandidaten an die Fraktionen geschoben. Wahrlich nicht zum Nutzen der Partei. Nicht nur mußten diese Kandidaten, mangels eigenen Anhangs, von mehr oder weniger christlich-sozial eingestellten Kandidaten mit durchgezogen werden, meistens fiel auch der Hintermann dann bei der Wahl durch — aber der „Prominente“ war gewählt. Nicht die grundsätzliche Einstellung des Mandatsbewerbers auf die große Gesamtlinie des Programms war in solchen Fällen für die Aufstellung maßgebend, sondern oft genug die Forderung irgendeiner exklusiven Außengruppe. Die Christlich-Sozialen, insbesondere die Arbeitnehmer, die auf dem Gesamtprogramm fußten, waren fast stets die Leidtragenden. Die sogenannten „Gelben“, die man als personifizierten Widerspruch gegen wichtige Inhalte des Parteiprogramms bezeichnen darf, ließen sich zum Ueberfluß noch bei jeder Gelegenheit gegen christlich-soziale Wünsche auspielen.

Gegenüber den Landbünden in den verschiedenen Wahlkreisen ließ die Parteileitung — nicht nur unter Eugenberger, sondern schon früher — jede Verletzung der satzungsgemäßen Bestimmungen durchgehen. Man ließ nicht nur offene Gegenlisten bei den Reichs- und Landtagswahlen zu, sondern belohnte die Frondeure, indem dieselben nach der Wahl als Landbündabgeordnete in die Fraktionsgemeinschaft aufgenommen und von Fraktionsbeiträgen befreit wurden. Bei nichtagrarischen Gesetzesvorlagen hatten diese fünfzigprozentigen deutschnationalen gegenüber den Vollmitgliedern der Fraktion glänzende Ausreden für ihre Sonderstellung.

Die Querverbindungen der Landwirte, siehe „Grüne Front“, waren selbstverständlich Recht dieser Kreise. Für die agrarischen Fragen hatte lange Zeit der Reichslandbund das Recht, Sachverständige in die Reichstagsfraktion zu delegieren.

Ein fluchwürdiges Verbrechen aber war es, daß die christlichen Gewerkschaftler der Fraktion ebenfalls versuchten, ihre „Querverbindungen“ mit den Gewerkschaftlern im Reichstage zur Geltung zu bringen, von einer Delegierung von christlich-nationalen Arbeiter-Sachverständigen zur Fraktion schon gar nicht zu reden. Eine „Arbeiterfront“ durfte nicht geduldet werden!

Herr Eugenberger befand sich so wenig politisches Feingefühl, daß er schließlich jede Rücksicht außer Acht ließ, um die Fraktion und den Parteiapparat für seine alldeutschen Ziele — die wahrlich weder konservativ noch christlich-sozial sind — durchzusetzen. Um seinen Mechanismus für den Kasseler Parteitag zum funktionieren zu

bringen, verlangte er vorher von der Fraktion u. a., daß sie geschlossen für das Freiheitsgesetz bzw. seine Fassung, an der die Fraktion nicht im geringsten hatte mitwirken dürfen, stimme. Darüberhinaus forderte er auch, ohne seine Richtlinien der Fraktion schriftlich vorzulegen, daß die Abgeordneten sich auf diese Formulierungen, nach denen die Reichspolitik der Partei sich richten müsse, kurzerhand festlegen sollten. Er verlangte allen Ernstes, so lange die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt sei oder sie einer Regierungskoalition angehöre, absolute Opposition mit nur einer Ausnahme. Diese Ausnahme aber war hundertprozentig. Die Fraktion sollte jeden im Interesse der Landwirtschaft liegenden Antrag im Reichstag unterstützen, alles andere aber, ganz gleich, wofür und woher, ablehnen.

Solch eine Idee kann in irgend einem Kopf mal gewälzt werden, daß aber der Führer einer großen Partei sich vor eine Fraktion von fast 80 Abgeordneten stellt und ihr für einen unbefristeten Zeitraum jede Realpolitik verweigert und nur der Landwirtschaft eine Legitimation ausstellt, ist selbst dann unsinnig, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wenn man berücksichtigt, daß über die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion der Landwirtschaft angehören. Herr Eugenberger hatte sich überhaupt in eine fixe Idee hineintreiben lassen, die mit realer Hilfe für das Landvolk nichts mehr zu tun hatte. Wenn er zunächst nur Herrn Schiele, dann allen Landbündabgeordneten einräumte, daß sie den ominösen § 4 positiv oder negativ ablehnen dürften, es aber anderen verweigerte, so lag das auf derselben Linie.

Mit dieser einseitigen Haltung wollte Eugenberger offenbar wieder gut machen, was er im Reichsausschuß für das Volksbegehren am Landvolk gefündigt hatte. Dort hatte der Vertreter des Reichslandbundes, der Abgeordnete Schiele für eine rechtlich vertretbare und taktvollere Fassung des § 4 eingesetzt. Dem widersprach Herr Hitler, der nach unüberprüfbarer Respekt seine Forderung ultimativ begründete. Herr Hitler blieb Sieger.

Dieses Versagen hat Herr Eugenberger mit seiner agrarischen Legitimation anscheinend wieder gut machen wollen. Die Abgeordneten des Landvolkes lehten eine solche „Märchenpolitik“ ab. Sie wollten auch die Sorgen der anderen Berufe vertreten wissen und wollten auch die Opposition realpolitisch gehandhabt wissen; konnte doch zur selben Stunde ein Abgeordneter aus der Arbeiterschaft darauf hinweisen, daß bisher in der zehnjährigen Fraktionsgeschichte die Arbeitnehmer noch in keinem Falle die Landwirtschaft im Stich gelassen hätten. Das konnte nicht bestritten werden. Auch das Gewerbe und die Industrie protestierten.

Herr Eugenberger mußte in diesem Punkte, wie auch beim § 4, formell kapitulieren. Seine Methoden aber machen die Tagesarbeit für jeden in nationalem und christlich-sozialem Sinn arbeitenden und auf gesunde Realpolitik eingestellten Politiker zur Qual. Eugenberger richtet Mauern zwischen den Parteien und den Berufen, ja, auch zwischen den Weltanschauungen. Seine Methoden sind falsch. Sollte um Grundsätze und Wege geistig gerungen werden, so lag im Parteiprogramm die Möglichkeit. Hier gilt es zu überzeugen, Ueberzeugungen anzuerkennen und Ueberzeugungen zu tolerieren. Mit diktatorischen Satzungsvoollmachten und mit Krediten kann ein Parteiapparat am Laufen gehalten werden, die kulturelle, nationale und wirtschaftliche Zielsetzung aber nicht erreicht werden. Dazu gehört Gefolgschaft in vertrauender Ueberzeugung. Die fehlt im Eugenberger.

Der Christlich-soziale Volksdienst will — darin hat die Information Eugenbergs an seine Vorstände recht — nicht nur in ernstem Kampf für die Eroberung der Wäh-

lermaßen die Grundzüge christlicher Ethik auf die politischen Tribünen im Lande tragen und christliche Persönlichkeiten, Männer und Frauen am politischen Leben beteiligen, er will sie auch in die Parlamente schicken. Dazu gehört, daß sich alle politisch aktiven Christenmenschen zu ihm bekennen. Viele, insbesondere führende, Frauen und Männer werden auf Grund des Erlasses von Dr. Eugenberger dort kurzerhand gestrichen werden.

So werden sie frei für die große schöne Sache des christlichen deutschen Volkes.

Sie willkommen im Christlich-sozialen Volksdienst! Jede Auskunft wird von den Geschäftsstellen in Berlin, Spandau, Johannesstift oder Stuttgart-Unterlärchheim erteilt.

Steigende Arbeitslosigkeit

und wachsender Fehlbetrag der Reichsanstalt. — Zusammenfassung der Sozialversicherungen?

— Berlin, 23. Januar.

Zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsarbeitsministerium schweben seit einiger Zeit Verhandlungen über die Gestaltung der Sozialausgaben in dem in den nächsten Wochen fertigzustellenden neuen Reichshaushaltsplan, die jedoch bisher trotz aller Bemühungen nicht zu einer Einigung geführt haben. Interessant daran ist, daß das Reichsarbeitsministerium mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für Zuschüsse an die Reichsanstalt erhebliche Mittel angefordert hat, das Reichsfinanzministerium aber eine Bewilligung dieser Forderungen nicht in Aussicht stellen konnte.

Die Verschlechterung der Finanzlage der Reichsanstalt ist an sich eine Folge des anhaltenden Anstiegs der Zahl der Arbeitslosen. Auch in den letzten Wochen ist die Zahl der Arbeitslosen noch gestiegen, ja selbst in der Zeit vom 13. bis zum 18. Januar noch, so daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, bekanntlich ist das nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosigkeit, gegenwärtig die zweimillionengrenze überschritten haben dürfte! Wie die Reichsanstalt mitteilt, ist die Verschlechterung des Arbeitsmarktes in dieser Woche nur in der Nordmark und im Nord-Niederschlesien zum Stillstand gekommen; alle anderen Bezirke melden steigende Ziffern.

Bedenklich wird die Lage nun dadurch, daß die Reichsanstalt über den Etatansatz hinaus wieder Reichszuschüsse in Anspruch nehmen mußte. Diese Zuschüsse werden zwar in der Form eines Darlehens gegeben, doch hat die Reichsanstalt diese Darlehen bisher nicht zurückzahlen vermocht. Wie man hört, wird die Reichsanstalt in das am 1. April beginnende neue Haushaltsjahr eine Schuldenlast von 645 Millionen Mark mit hinübernehmen! Eine Abtragung dieser immerhin gewaltigen Schuldenlast wird der Reichsanstalt im neuen Jahre aber nicht möglich sein, macht man sich doch schon jetzt darauf gefaßt, daß das neue Haushaltsjahr der Reichsanstalt eine neue Schuldenlast von etwa 330 Millionen Mark bringen wird, so daß dann am Ende des Haushaltsjahrs 1930 die Schuldenlast der Reichsanstalt eine Milliarde Mark betragen wird!

Der Ernst der ganzen Lage wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß diese Schuldenlast sich zusammenballt, obwohl der Reichsanstalt eine bis zum 30. Juni befristete Beitragserhöhung bewilligt wurde. Das liegt zum Teil wohl auch daran, daß die von der Reichsanstalt ihrer Finanzgebarung zugrunde gelegte Durchschnittsziffer der Arbeitslosen zu niedrig genommen war. Für das neue Jahr hat man denn auch statt mit 1,1 Million Arbeitslosen, wie bisher, mit

Lebensziele des christlichen Kaufmanns.

Ansprache auf einer Versammlung gläubiger Kaufleute von Wilhelm Ley.

(Fortsetzung.)

Weshalb kein Friede? — „Unser Herz ist zu dir, o Gott, geschaffen. Und es ist unruhig, bis daß es ruhet in dir!“ So sagt Augustin. Da liegt der Grund. Diese, ach so edlen, großen Seelen haben keinen Gott, den sie „Vater“ nennen dürfen. Und woher kommt das? Gehen wir auf den eigentlichen und einzigsten Grund ein. Wenn Paulus von den naturhaften Heiden sagt, daß ihr Gewissen sie gefühlsmäßig oft verklagt um ihrer Sünde willen, so ist es bei diesen griechischen Heiden eine Anklage wegen Selbstvergötterung. Dieser Anklage treten sie willensbewußt und denkmäßig entgegen. Das ist die Schuld. „Ich will nicht Christ werden!“ so hat Goethe zu der Herrnhuterin Fräulein von Klettberg gesagt. Denn die Dame rebete von sich ehrlich. Sie brauchte ihrer Sünde wegen den Kreuzigten. Da war Goethes Los und sein Leben entschieden. Denn das Christ-Werden geht niemals an der Wirklichkeit der Sünde vorbei. Und die Sünde ist die Realität, die uns von Gott trennt. Und „Sünde“ ist ein gerade heute verhaßter, biblischer, rückständiger Begriff für unser Geschlecht, für die ungebildete Masse und für die gebildeten Selbstgerechten, die da immer wieder sagen: „Gott sei der Mensch, hilfreich — und gut.“

Und nun kommt wieder die Frage: Welche Aufgabe haben wir an diesem Menschheitsstyp? Ich denke wieder an Goethe. Es war in Strassburg, als dem jungen Goethe der merkwürdige Mann aus dem Siegerland, der ehemalige Schneider und Dorfschulmeister Jung-Stilling in das Blickfeld trat. Hier stützte er, hier horchte er auf. Hier war ein Mensch, der sprach von wunderbaren Erlebnissen, die er mit Gott gehabt hatte. Von einem roten „Lebensfaden“, von einem „Lebensdrang“ sprach der nicht mehr jugendliche Student der Medizin. Und hinter dem Drang zur Medizin stand der lebendige Gott. So sagte Jung-Stilling. Dieser Gott verfügte über Geld. Und wenn

Stilling keins hatte, dann hatte es Gott. Aber beten mußte er, nur beten. Und sich selbst mußte er vollständig unterordnen unter den Lebendigen. Das machte Goethe stützig. Hier stand er vor einer Entscheidung. Und das, das völlige Unterordnen, das wollte er nicht. — Ich glaube, das ist die schwere Frage an uns: Leben wir in der völligen Unterordnung unter Gott? Um unfertwillen? Um der andern willen? Hier fängt die Sache an, sehr ernst zu werden. Und doch muß ich die Frage stellen. Um unfertwillen, um der andern willen? Denn es ist die Frage, die das christliche Lebensziel vornehmlich bestimmt. Es ist aber auch die Frage, die, wenn sie bei uns gelöst ist, in ihrer Lösung den andern helfen kann. Ich will aber ganz nüchtern bleiben. Ich will sie deshalb so formulieren: Ist Gott letztlich bei aller Schwachheit, bei aller Unvollkommenheit, bei aller Sünde doch unseres Lebens letztes Ziel? Sind wir etwa zum Lobe seiner Herrlichkeit? Und wollen wir es sein? Möchten wir es sein? Daß diese Frage uns alle sofort in Buße und Beugung bringt, das ist bei den Ehrlichen eine ganz selbstverständliche Folge dieser Fragestellung. Aber liegen auch bei der letzten Bejahung und bei demütigen, ehrlichem Wollen doch nicht auch ungeheuerliche Hemmungen bei Ihnen, bei uns allen, insonderheit aber auch bei Ihnen, zu denen ich rede? Gibt es ein spezifisch christliches Lebensziel beim Kaufmann? Arbeitet und schafft er nicht für sich und im besten Falle für die Kulturwelt? Gewiß so, daß er dadurch auch dem Nächsten dient. Aber sind nicht seine christlichen Lebensäußerungen letztlich kläglich, unbedeutende Gelegenheitsäußerungen dann und wann? Und findet im Blick auf das Ganze des Lebens die Frage nach dem Lebensinn für Gott doch so schwer eine Bejahung auf Gott hin?

Man hätte im Mittelalter den Kaufmann schwerlich zu den besonderen Dienstmannen Gottes gerechnet. Man hätte dem ehrlichen, gerechten Handelsherrn ein christliches Begräbnis bei seinem Tode mit allen Ehren bereitet. Aber man las besondere Messen doch gerade für ihn, ahnend, daß sein Geschäft im Gegenfatz zum höheren und niederen Klerus sehr gefährlich und sündenbeflekt sein konnte. Und noch vor wenigen Jahren wurde in einer Versammlung solcher, die Luthers Ansicht von dem

„Gottesdienst jeglicher Arbeit“ nicht kannten, die tollkühne Behauptung aufgestellt: Ein Kaufmann kann schlechterdings nicht Christ sein! Eins hebt das andere auf. Ich gab diese Antwort an einen geschäftstreibenden, gläubigen Freund, und er sagte mit leuchtenden Augen: „Wegen meines Geschäftes könnte ich heute sterben. Im Blick auf die Ewigkeit würden mich andere Dinge ängstigen.“ Aber wir wollten der Frage näher treten: Ist der Stand der Handelstreibenden, der Kaufenden und Verkaufenden im Blick auf das höchste Lebensziel göttlich, christlich, ewigkeitsgemäß? Oder von der andern Seite her gefragt: Sind Pfarrer, Lehrer, Stadtmisionäre nicht letztlich ganz außerordentliche Reichsgottesarbeiter gegenüber Ihrem Beruf? Nein, das ist eine überwundene Ansicht. Im Haushalte Gottes hat die Kultur einen Platz. Vönderserschließende Kaufleute, kultur- und technikfördernde Berufe dienen ebenso dem großen Ziele der Welt- und Reichsvollendung unseres Gottes wie die eigentlichen Arbeiter des Evangeliums. Das soll dein Glück bedeuten, der du mit Zahlen und Waren umgehst, daß du auch darmit, — mit Zahlen und Waren — im Dienste Gottes stehen kannst, wenn du willst. Und man verlangt nicht mehr von einem Haushalter, denn daß er treu erfunden werde.

Aber die Frage nach der Unterordnung unter Gott soll uns heute eine Frage nach dem ureigensten Dienst am andern sein. Die Ehre Gottes als unser höchstes Lebensziel übt, wie wir alle wissen, eine mahnende, strafende, erziehende und richtende Wirkung aus. Dieser Gott will seine Ehre keinem andern geben. Und sein Ruhm gilt keinem Menschen, auch dem edlen nicht. Kann man das predigen? Ja — und nein. Ja, wo und wann wir dazu geführt werden. Nein, denn der moderne Mensch versteht die Predigt von Gottes Ehre nicht. Aber sie vorleben, das können und sollen wir. Daran, ob wir das tun oder nicht tun, hängen Entscheidungen für die Menschen der eigentbestimmten, nicht-göttlichen Lebensziele ab. Tod oder Leben. Gotteskindschaft oder Teufelsdienst. Verlorensein — Gerettetsein. Das ist der furchtbare Ernst, der uns trifft; uns, die sie beobachten.

(Schluß folgt.)

einer Zahl von wenn das nicht ein gewaltiger Berichter ist, a Monaten mit und den in glaube durchha

Angeklagt in den letzten Möglichkeit ein wischen Reichs Unter anderem Träger de naziellen Man argumen heitsvermittlur einem dauernd Zweige der d von 2,6 auf Man müsse de losenversicheru deren Ueberfch in besseren Z

Den erste die christlichen den sehr wah selbstverständli digenwährung den, so daß als gelder wieder seinen Darleh stehen diese Ueberfchiffe d markt befruchtung von Wo senswertes W

Es genügt gen kurz klige bleme fest n finanzminister wens ein G tungsbeuhten dieser Fragen

Rogg

Zur Stützung

tur

Antlich n wird die Rad Einbringung entwurf in der vor. Tatfache strophale Lage Roggenstützung ben, die sich v stimmten Vor

Der Zuec verfolgt wird, und damit d lichen, aus ge soll dem Bei brot in den 5 v. S. von Ein solches M marke als M

Wie weit lungszwang 50 v. S. fess ist dem Reich Dietrich-Eder Regelung des wirtschaftlichen Reichstags u Die mit die Roggenau

Wieder

Erste Lesung

Der Reie erste Plenarsie gesordnung h Parlament in Frage der B kommt das A Punkt dem M ursprünglichen und die abge

Den wich Tagungsabfch Haager B führung die wärfe. Wie erforderlichen arbeiten, so d zur Stellungn Zustellung an die Gesetze v Die Fr aungen zufam partiet tagte i mit dem Jäe einen Bericht ger Delegatio Dr. Schöls, r Anfang Febr heiligen Don tionsstung i Zentrums u

Der Har Freitag wiede geist für die ten. Staatsfr beaufstigten. fertig, und d liegt, beschäff

auf die polt. klischee. Person. Leben be. te schiden. ch aktiven. insbefondere f Grund des und gestrichen
re Sache des
Volksdienstl. ellen in Ver. rt-Unterlück.
figkeit
stalt. — Zu. gen?
3. Januar.
m und dem ger Zeit Ver. zialausgaben lenden neuen os aller Ver. t haben. In. minsterium der Reichs. wirtsch. Ver. schaft. In. Reichsminis. trungen nicht
der Reichs. nden Anst. in den letzten ge. stiegen, Januar noch, kempfänger, der Arbeits. e Grenze. sanstalt mit. schaft. In. im. Ziel alle anderen
ch, daß die. der Reichs. e. Zufüsse. ens gegeben, bisher nicht t, wird die. nende neue 5 Millionen g dieser im. Reichsanstalt. macht man. neue Haus. ulden. e. Marl be.
e, wenn man. last sich zu. ne bis zum. illigt wurde, die von der. unde gelegte. drig genom. denn auch. bisher. mit
ten, die toll. smann kann. is andere auf. benden, gläu. Augen: „We. en. Im Blick. ge ängstigen.“ st der Stand. d Verhausen. lich, christlich. Seite her ge. are nicht le. ter gegenüber. bene Ansicht. Platz, Länder. ntsfördernde. er Welt- und. gentlichen An. kende bedeuten. h du auch da. dienste Gottes. verlanget nicht treu erfunden
Unterordnung. eine Frage. um andern. ebenszweig üb. e, erzielende. ill seine Ehre. keinem Men. das predigen? dazu geführt. versteht die. vorleben, das. ten oder nicht. en der eigen. b. Tod oder. Verlorensein. rnst, der uns. schluß folgt.)

einer Zahl von 1,2 Millionen operiert. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, würde sich immer noch ein gewaltiger Betrag ergeben, was um so verwunderlicher ist, als die Reichsanstalt noch vor wenigen Monaten mit der halbpersönlichen Beitragserhöhung und den in Aussicht genommenen Sparmaßnahmen glatte durchhalten zu können.

Angesichts dieser katastrophalen Verhältnisse wurde in den letzten Wochen in politischen Kreisen über die Möglichkeit einer Aufhebung der engen Verbindung zwischen Reichsfinanzen und Sozialausgaben diskutiert. Unter anderem wurde vorgeschlagen, die einzelnen Träger der Sozialversicherung auch finanziell enger miteinander zu verbinden. Man argumentierte, während die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem dauernden Fehlbetrag arbeite, hätten die übrigen Zweige der deutschen Sozialversicherung ihr Vermögen von 2,6 auf 3,4 Milliarden Mark erhöhen können. Man müsse deshalb die Frage prüfen, ob die Arbeitslosenversicherung nicht von den anderen Institutionen aus deren Ueberschüssen Kredite erhalten könne, die sie in besseren Jahren wieder tilgen solle.

Den ersten Einspruch gegen diese Pläne erhoben die christlichen Gewerkschaften, weitere Einsprüche werden sehr wahrscheinlich folgen. Auch wenn man als selbstverständlich voraussetzt, daß vor einer solchen Kreditgewährung ausreichende Sicherheiten gestellt werden, so daß also die Sozialversicherungen ihre Darlehensgelder wiedersehen würden — was dem Reich mit seinen Darlehen bekanntlich nicht vergönnt war — stehen diesen Plänen aber auch so noch große Hindernisse entgegen. So sei nur daran erinnert, daß die Ueberschüsse der Sozialversicherung bisher den Baumarkt befruchteten. Und sicher ist auch die Finanzierung von Wohnungsbauten ein sozialpolitisch begrüßenswertes Verfahren!

Es genügt fürs erste, wenn man diese Erwägungen kurz skizziert; entscheidungsreif sind diese Probleme jetzt noch nicht. Da aber der neue Reichsfinanzminister auf dem Gebiete des Versicherungswesens ein Fachmann ist, darf man einer verantwortungsbewußten und sachlich gerechten Bearbeitung dieser Fragen sicher sein.

Roggenbrotgesetz geplant.

Zur Stärkung der Roggenpreise. — Erhöhter Vermahlungszwang auch für Februar.

Antlich wird mitgeteilt: „In einem Teil der Presse wird die Nachricht verbreitet von der bevorstehenden Einbringung eines Roggenbrotgesetzes. Ein Gesetzesentwurf in der ange deuteten Richtung liegt vorläufig nicht vor. Tatsache ist jedoch, daß mit Rücksicht auf die katastrophale Lage am Roggenmarkt über die Frage der Roggenmahlung seit längerer Zeit Erwägungen schweben, die sich voraussichtlich in aller nächster Zeit zu bestimmten Vorschlägen verdichten werden.“

Der Zweck, der mit einem solchen Roggenbrotgesetz verfolgt wird, ist der, den Roggenverbrauch zu heben und damit die Preise zu stützen. An Stelle des üblichen, aus gemischtem Mehl bestehenden Schwarzbrot soll dem Verbraucher nach ein reines Roggenbrot in den Handel gebracht werden, dem höchstens 5 v. H. von anderem Mehl beigemischt werden darf. Ein solches Roggenbrot soll dann durch eine Siegelmarke als Markenbrot gekennzeichnet werden.

Wie weiter verläuft, wird der erhöhte Vermahlungszwang für Inlandweizen auch für Februar mit 50 v. H. festgesetzt werden. Ein entsprechender Antrag ist dem Reichskabinett vom Reichsernährungsminister Dietrich-Laden bereits zugegangen. Ueber die weitere Regelung des Vermahlungszwangs sollten die volkswirtschaftlichen Ausschüsse des Reichstags und des Reichstags unverzüglich gütlich gehört werden.

Die mit Polen angeknüpften Verhandlungen über die Roggenausfuhr sind ergebnislos abgebrochen worden.

Wiederbeginn des Reichstags.

Erste Sitzung des Bündholzmonopols. — Sitzung der Fraktionen.

— Berlin, 23. Januar.

Der Reichstag hält am heutigen Donnerstag seine erste Plenarsitzung im neuen Jahre ab. Aus der Tagesordnung steht das Bündholzmonopolgez, das das Parlament in erster Sitzung passiert. Amriten ist die Frage der Behandlung der Konsumvereine; äußerlich kommt das auch darin zum Ausdruck, daß über diesen Punkt dem Reichstag eine Doppelvorlage vorliegt: die ursprünglichen Bestimmungen des Regierungsentwurfs und die abgeänderten des Reichsrats.

Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand im neuen Tagungsabschnitt des Reichstags bilden natürlich die Haager Vereinbarungen und die zur Durchführung dieser Beschlüsse einzubringenden Gesetzeswürfe. Wie man hört, will das Reichskabinett die erforderlichen Gesetzeswürfe in aller kürzester Zeit ausarbeiten, so daß sie dem Reichstag bereits in Februar zur Stellungnahme vorgelegt werden können. Vor der Zustimmung an den Reichstag muß aber der Reichsrat die Gesetze verabschieden.

Die Fraktionen treten heute gleichfalls zu Sitzungen zusammen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei tagte bereits am Mittwoch und beschäftigte sich mit dem Bündholzmonopolgez. Danach wollte man einen Bericht der volksparteilichen Mitglieder der Haager Delegation entgegennehmen. Der Parteivorsitzende, Dr. Scholz, wohnte der Sitzung nicht bei, da er erst Anfang Februar nach Berlin zurückkehren wird. Am heutigen Donnerstag folgen der volksparteilichen Fraktionsleitung Fraktionsitzungen der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags tritt am Freitag wieder zusammen, um das Bündholzmonopolgez für die zweite Sitzung im Plenum vorzubereiten. Staatsfragen werden den Ausschuss fürs erste nicht beschäftigen. Der neue Haushaltsplan ist noch nicht fertig, und der Nachtragshaushalt für 1929, der vorliegt, beschäftigt gegenwärtig noch den Reichsrat.

Abänderung des Gesetzentwurfs über Bergmannsiedlungen.

— Berlin, 23. Januar. Der Wohnungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über Bergmannsiedlungen, der die Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiete beseitigen will. Der Gesetzentwurf wurde in erster Lesung erledigt und im Verlauf der Beratungen stark abgeändert. Der Ausschuss wird noch eine zweite Lesung vornehmen. Weiterhin wurden sämtliche Anträge, die auf eine Gleichsetzung der gesetzlichen Miete im ganzen Reich abzielten, vom Ausschuss abgelehnt.

Der Reichstagsausschuß des Reichstags beschloß, die Immunität des deutschen Abgeordneten Bürgermeisters Berndt, gegen den wegen seiner Haltung beim Volksbegehren ein Disziplinerverfahren eingeleitet wurde, aufzuheben. Aus grundsätzlichen Erwägungen trat Abg. Berndt selbst für die Aufhebung seiner Immunität ein.

Sitzung des Reichskabinetts.

Prüfung des Haager Verhandlungsergebnisses.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammen, um den Bericht der Haager Delegation entgegenzunehmen, den der Delegationsführer, Reichsaussenminister Dr. Curtius, erstattete und der dann von den anderen Delegationsführern, vor allem dem Reichsfinanzminister Dr. Meißner, ergänzt wurde. Im Verlaufe der Kabinettsitzung brachte der Reichskanzler den Dank der deutschen Regierung für die mühevolle und erfolgreiche Tätigkeit der Delegation zum Ausdruck.

Das deutsche Saargebiet.

Die Durchführung der Rückgliederung. — Die wirtschaftspolitische Lage.

— Saarbrücken, 23. Januar.

Angesichts der Wiederaufnahme der deutsch-französischen Saarverhandlungen und der Rückkehr des Staatssekretärs z. D. Simson nach Paris beschäftigte sich der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Saarbrücken, Dr. h. c. Luitwin von Boch, mit der Frage der Rückgliederung des Saargebietes.

Entsprechend der jeher von der Kammer eingenommenen Haltung forderte der Präsident die reifliche politische Rückgliederung des Saargebietes und die Rückgabe der Saargruben zu einem angemessenen Preis an die Vorbesitzer: Preußen und Bayern. Auf handelspolitische Gebiete müsse eine in sich selbst ausgeglichene Regelung des Warenverkehrs gefunden werden. Der Präsident erklärte dabei, er glaube an den Sieg der wirtschaftlichen Vernunft und halte eine Lösung der Saarfrage im jetzigen Augenblick für notwendig und möglich. Sollte eine gerechte Lösung der Saarfrage gegenwärtig trotzdem nicht zu erreichen sein, dann wolle die Saarbevölkerung lieber bis 1935 ausparren, als neue Opfer bringen.

Präsident Dr. von Boch legte dann dar, daß die Frage der Rückgliederung des Saargebietes auch nach einer Sitzung in Paris noch nicht reiflos gelöst ist. Es bedürfe umfangreicher Maßnahmen, um das Auftreten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Rückgliederung zu vermeiden.

Ueber den Umfang dieser Schwierigkeiten gewinnt man einen Ueberblick, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Saargebiet seit 1919 seine eigenen Wege gehen mußte. Währungseinheit ist im Saargebiet heute nicht die Reichsmark, sondern der französische Franken. Die Umstellung der Währung hat natürlich einschneidende Änderungen der Bilanz-, der Steuer- und der Aufwertungsgesetze im Gefolge. Grundlegende Unterschiede weisen ferner die Steuerpflichten auf, so kennt das Saargebiet z. B. keine Hauszinssteuer. Große Aufmerksamkeit verdienen schließlich auch die möglichen Folgen einer Verlagerung der Zollgrenze, war die Saarmarktwirtschaft bisher doch noch niemals von Elsass-Lothringen durch Zölle getrennt.

Selbstverständlich vermögen diese Verschiedenheiten die Beglückung der Saarbevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Die gesamte Bevölkerung möchte heute lieber als morgen in das Deutsche Reich heimkehren und bebaut deshalb den schleichenden Verlauf der Verhandlungen in Paris, die die Befürchtung aufkommen lassen, daß der Tag der Rückgabe des Saargebietes noch in weiter Ferne ist.

Der im Saargebiet neuangeordnete Verein für das Deutschtum im Ausland hat die Patenschaft für eine Reihe von Schulen im heutigen Polen, hauptsächlich in Graudenz, übernommen.

Hindenburg besucht die Pfalz.

— Mainz, 23. Januar.

Wie von unterrichteter Seite veranlet, hat Reichspräsident von Hindenburg die Absicht, nach der Mäunung der dritten Zone in der ersten Woche der Vernehmung der zweiten und dritten Zone einen Besuch abzugeben. Die Reichsreise ist so geplant, daß die Städte Trier, Koblenz, Mainz und Speyer vom Reichspräsidenten besucht werden sollen.

Abschiedstelegramm Schurmans

Botschafter Sadett will am 5. Februar in Berlin ein treffen.

— Berlin, 23. Januar.

Reichspräsident von Hindenburg erhielt von dem früheren amerikanischen Botschafter in Berlin Jacob Gould Schurman von Bord des Dampfers „George Washington“ nachstehendes Abschiedstelegramm:

„Beim Verlassen der deutschen Gewässer ist es mir ein Herzensbedürfnis, meine große Hochachtung und Verehrung für Euer Excellenz nochmals zum Ausdruck zu bringen sowie die dankbare Anerkennung, mit der ich des besonderen Vertrauens und der Freundlichkeit stets gedenken werde, die mir während der letzten fünf Jahre entgegengebracht wurden seitens Eurer Excellenz und der

reichsregierung sowohl als auch des deutschen Volkes, das ich seit fünf Jahrzehnten kenne und bewundere und dem ich beim Abschied aufs herzlichste Wohlergehen, Glück und alles Gute wünsche.“

Schurmans Nachfolger, Botschafter Sadett, hat am Donnerstag in New York mit dem Dampfer „President Harding“ die Vereinigten Staaten verlassen. Botschafter Sadett wird über Plymouth, London, Holland nach Deutschland fahren und hofft, am 5. Februar in Berlin einzutreffen.

Staatsberatung im Landtag.

Pferdebestand und Motorisierung. — Beratung des Forstgesetzes.

Vor Beginn der heutigen Plenarsitzung des Preussischen Landtags faßte der Aelterenrat Beschluß über den Arbeitsplan des Parlamentes. Danach wird der Landtag zunächst bis zum 5. Februar tagen und sich dann bis zum 18. zu vertagen. Bis zum 5. Februar sollen nacheinander die zweiten Beratungen einer Reihe von Staats erledigt werden. Der Ständesausschuß soll in der Zeit vom 6. bis zum 12. Februar, der Rätefachausschuß anschließend bis zum 17. Februar Sitzungen abhalten.

Nach Eröffnung der heutigen Plenarsitzung wurde ein Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, den Wohlfahrtsminister zu veranlassen, bei der Verteilung der Mittel aus dem Wohnungsfürsorgefonds die große Not Oberschlesiens auch weiterhin durch erhöhte Zuwendungen besonders zu berücksichtigen.

Dann wurde die zweite Beratung des Haushalts der Gesehtsverwaltung fortgesetzt. Abg. Schmidt-Breslau (Völkisch) begrüßte die Rationalisierungsmassnahmen. Abg. Werbes (Z. Fr.) wandte sich gegen einen weiteren Abbau der Gehälter. Der Oberlandratsminister bezeichnete die Auffassung als irrig, daß bereits feste Beschäftigungen zwischen dem Vordringen des Motors und der Abnahme des Pferdebestandes festzustellen seien. In Deutschland sei in den Jahren 1923 bis 1927 der Pferdebestand um 1 Prozent zurückgegangen, während die Zunahme der Motorisierung in der gleichen Zeit über 100 Prozent betrage. Was die Vordringe wegen der angeblich zu hohen Gehälter bei den Rennvereinen angehe, so seien die Vordringe in einigen Fällen berechtigt. Die künftigen Weiterverine sollen nicht nur Sport, sondern auch wirtschaftliche Pferdebezüge betreiben. Abg. Kricheldorf (Dnt.) erklärte, der Gehaltsausschuß werde einen Ueberschuß aufweisen, wenn man ihm die Ergebnisse der Rennwettsteuer nicht entziehe.

Damit war die Aussprache zum Gesehtsetat beendet, die Abstimmungen wurden auf Donnerstag zurückgestellt.

Es folgte die zweite Lesung des Forstgesetzes. Der Hauptausschuß fordert in seinen Anträgen Maßnahmen für die Forstbeamten und Arbeiter. Auch soll mit dem nichtstaatlichen Waldbesitz ein engeres Zusammenarbeiten erstrebt werden. Für die Wiederaufforstung der Gutsentrastgebiete werden besondere Mittel gewünscht. Weiter wird verlangt, daß der Justiz- und der Innenminister auf eine stärkere Handhabung des Forstdiebstahls, des Feld- und des Forstpolizeigesetzes zum Schutze des Waldes hinwirken. Das Staatsministerium soll zur Hebung des Verbrauches von deutschem Holz bei Ausschreibungen hinwirken.

Abg. Gröner (Soz.) trat für die Gewährung höherer Lohnsätze an die Forstarbeiter ein. Abg. Graf Garmier (Dnt.) erklärte, eine Erhöhung des Stundenlohnes um drei Pfennige bedeute viele Millionen Mindereinnahme auch für den Privatwaldbesitz.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger bezeichnete das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben als ungünstig, was auf die starken Waldschäden durch Schädlingsfraß und die erheblich gestiegenen Löhne der Waldarbeiter zurückzuführen sei. Die ohnehin schon schwierige Lage der Forstwirtschaft befänden sich in einer schwierigen Lage, die die Errichtung neuer Sägewerke untunlich erscheinen lasse.

Der Minister besprach weiter die verschiedenen Möglichkeiten der Holzverwertung. Die Forstverwaltung sei bestrebt, die wenigen noch vorhandenen Urforen, wie Eiche und Biezent, zu erhalten. Im übrigen sei man bestrebt, all zu große Waldschäden durch eventuelle Erhöhung der Abschlagsziffern von den Staatsforsten abzumenden.

Abg. Schuler (Z. Fr.) führte den geringen Ertrag aus den Holzverkäufen der Forstverwaltung zum Teil auf die durch die Kapitalarmut eingetragene Untätigkeit zurück. Einem Ueberhandnehmen des Wildes könne man nicht das Wort reden, weil die Waldschäden in der denachbarten Landwirtschaft zu großen Umfang annehmen würden.

Abg. Rahmann (Komm.) warf der Forstverwaltung vor, daß sie die Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes auf Kosten der Arbeiter durchzuführen wolle.

Abg. Gelmers (D. Vp.) trat für weitere Rationalisierungsmassnahmen in der staatlichen Forstverwaltung ein und brachte seinen bereits früher gemachten Vorschlag in Erinnerung, für die Forstverwaltung einen auf fünf Jahre berechneten Haushalt aufzustellen, der eine Anpassung an die schwankende Konjunktur ermöglichen sollte.

Flottenkonferenz ohne Presse.

Angeklagt Anschließung erwogen. — Neue private Besprechungen. — Stefis in Paris.

Der Sonderbericht erstatter des „Daily Express“ hört von zuverlässiger Seite, daß in letzter Minute entschieden worden sei, für die Sitzungen der Flottenkonferenz im St. James-Palast, die am heutigen Donnerstag beginnen, die Presse nicht zuzulassen! Als Grund für die überraschende Entscheidung, die namentlich auf amerikanischer Seite angesichts der Entscheidung auf zahlreicher Sonderbericht erstatter größte Ueberraschung und Befürzung hervorgerufen hat, wird der ungenügende Raum des Sitzungssaales angegeben. Mit heftigen Angriffen und Gegenüberstellungen dieser Maßnahme gegenüber der Öffentlichkeit der Genfer Verhandlungen ist auf amerikanischer Seite zu rechnen.

Die privaten Besprechungen der Delegationsführer haben in einem Privathause in London ihre Fortsetzung gefunden. Gegenstand der Besprechungen waren die Fragen, die zwischen England und Frankreich einerseits und Italien und Frankreich andererseits zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben. Ferner fanden Besprechungen der Vertreter Englands und der Dominions mit denen Japans statt.

Uebel bemerkt werden in London die nach wie vor unfreundlichen Artikel der französischen Presse. Aus Gründen internationaler Höflichkeit hätte man sich allerdings in Paris, auch die Rede des Königs zu kritisieren, kann es aber nicht unterlassen, Erfahrungen darüber zu äußern, daß das erste öffentliche Wort, das der englische König nach langem zöger krankhaft gesprochen habe, die Aufforderung zur Verminderung der Flotte sei.“

Frankreich will keine Abrüstung.

Die französischen Forderungen auf der Flottenkonferenz.

— London, 22. Januar. Die französischen Quotenwünsche spielen bei den Londoner Flottenverhandlungen eine erhebliche Rolle. Die französischen Forderungen bewegen sich in zweifacher Richtung:

1. Frankreich wünscht Anerkennung der gegenwärtigen Flottenstärken, d. h. formelle Zuerkennung einer Quote von etwa 2,4, anstelle der Washingtoner Quote von 1,75. Bei Anerkennung dieser Forderung ist Frankreich bereit, die Unterseeboote bis zu 600 Tonnen in die Quote von 2,4 einzubeziehen.

2. Für den Fall der Ablehnung der ersten Forderung wird Frankreich verlangen, daß Unterseeboote bis zu 600 Tonnen nicht in die Quote einbezogen werden, sondern jedes Land das Recht behält, beliebig viele Unterseeboote dieser Größe zu bauen.

*

Genauige Steigerung der polnischen Heeresausgaben.

Der polnische Heereshaushalt für 1930/31 sieht Ausgaben im Gesamtbetrag von 837,2 Millionen Zloty vor. Im Vergleich mit dem Jahre 1926/27 sind die Ausgaben um 34 v. H. gestiegen, wobei zu beachten ist, daß die Haushalte verschiedener anderer Ministerien noch Ausgaben für das Heer enthalten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. Januar 1930.

Namens der Reichsregierung übermittelte Reichsfinanzminister Müller dem Abgeordneten Konteradmiral a. D. Brünninghaus seine Glückwünsche zum 60. Geburtstag.

Im Straßensache gegen Fahlsch und Genossen hat die Strafkammer des Landgerichts III in Berlin die Anträge der Angeklagten Fahlsch und Fahlsch auf Einstellung des Verfahrens zurückgewiesen. Das Gericht hat ferner den Antrag des Angeklagten Fahlsch auf Abtrennung seines Verfahrens von dem Verfahren gegen Schulz abgelehnt. In der Begründung heißt es, eine Verhandlung ohne Schulz würde der Wahrheitsfindung schwer abträglich sein.

*

Die Voruntersuchung in der Bombenangelegenheit abgeschlossen.

— Berlin, 23. Januar. Die Voruntersuchung in der Bombenangelegenheit ist abgeschlossen. Aus prozessualen Gründen dürfte der Prozeß vor dem Schöffengericht in Altona durchgeführt werden. Sämtliche unter Anklage gestellten Bombenanschläge sind außerhalb Berlins erfolgt. Die Täter des Anschlags auf das Reichstagsgebäude sind bisher nicht ermittelt worden, und für die ursprüngliche Annahme der Untersuchungsbehörde, daß sämtliche Bombenanschläge von einer zentralen Leitung in Berlin ausgegangen seien, haben sich bisher keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Voraussichtlich wird etwa ein Drittel der Angeklagten außer Verfolgung gesetzt.

Die Fälschung der Dollarnoten.

Die Wertpapiere befinden sich in Amerika. — Das Hauptabsatzgebiet war Deutschland.

— Berlin, 23. Januar.

Die Kriminalpolizei beschäftigt sich nach wie vor mit den bekanntgewordenen neuen Fälschungen amerikanischer Dollarnoten. Die Hersteller der falschen Noten, die massenhaft abgesetzt worden sein sollen, müssen sich der Güte ihres Fabrikats bewußt gewesen sein, da sie, im Gegensatz zu anderen Fälschern, es gewagt haben, ihre Noten bei Banken abzugeben.

Die Polizei vermutet, daß sich die Fälscherwerkstatt auf amerikanischem Boden befindet. Die Noten tauchten zuerst 1928 bei amerikanischen Banken auf, aber nur bei denen, die mit europäischen Ländern in Verbindung stehen. Das Hauptabsatzgebiet der Fälscher lag in letzter Zeit offensichtlich in Deutschland. In Leipzig sind in diesen Tagen ebenfalls Fälschnoten aufgetaucht und angehalten worden.

Die Tätigkeit der Fälscher dürfte durch die Veröffentlichungen und Beschreibungen der gefälschten Scheine lahmgelegt sein. Die Fortsetzung der Tätigkeit der Fälscher würde sich aber auch schon dadurch erschweren, daß inzwischen neue Typen für die amerikanischen Banknoten festgelegt wurden.

Der Vertreter der Fälschnoten, der flüchtige Kommunist Fischer, der einige Zeit in der russischen Handelsvertretung tätig war, wird nach wie vor eifrig gesucht, doch fehlt bisher jede Spur von ihm.

Schüler und N.S.D.A.P.

Aus dem hannoverschen Provinziallandtag.

Beim Provinziallandtag der Provinz Hannover war folgender Antrag der nationalsozialistischen Fraktion eingegangen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, der Erlass des Herrn Oberpräsidenten Roske, der den Schülern der dem Provinzialschulkollegium unterstellten Schulen verbietet, der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Hitlerjugend anzugehören, und der von den Lehrern die Verhängung der schwersten Strafen gegen zuwiderhandelnde Schüler verlangt, wird in seiner einseitigen politischen Stellungnahme nicht verstanden.“

Oberpräsident Roske wandte sich sehr bestimmt gegen die Zulassung und Beratung dieses Antrags und betonte, daß der Erlass nicht von ihm, sondern von dem Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums unterzeichnet sei, der allein dem Unterrichtsminister unterstehe.

Daraufhin wurde beschlossen, den Antrag zunächst dem Ältestenrat des Preussischen Landtags zu unterbreiten, der über sein Schicksal entscheiden solle.

Der Reichspräsident des Senats Finanzkomitees. Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat für das neue Jahr den deutschen Reparationsfachverständigen Dr. Mehlhorn zu seinem Präsidenten gewählt.

Dänische Geschäftsleute haben im Zusammenhang mit dem Vorkauf deutscher Waren einen Werbefeldzug für englische Erzeugnisse eingeleitet.

Erfolge des DSB im vorigen Jahre.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DSB) veröffentlicht in seinem Hauptorgan, der Deutschen Handels-Wacht, seinen zahlenmäßigen Jahresbericht für 1929. Danach ist der Mitgliederbestand um 32 887 auf 379 590 gestiegen. Die Einnahmen aus den Beiträgen beliefen sich auf mehr als 14 Millionen Mark gegenüber 12,5 Millionen im Vorjahre. An 185 Orten ist der DSB nunmehr durch berufssamtlich geleitete Geschäftsstellen vertreten. Vom Rechtsschutz wurden 125 000 mündliche und schriftliche Auskünfte erteilt und rund 3 Millionen Mark vorerhaltener Gehälter erstritten. Die Stellenvermittlung erreicht durch verstärkte Bearbeitung des leider immer ungenügender werdenden kaufmännischen Arbeitsmarktes 26 597 Besetzungsaufträge. 13 116 Stellen wurden vermittelt, darunter 985 im Auslande. Infolge der stetig zunehmenden Zahl an Rückmeldungen stiegen die Auszahlungen für die Stellenlosenunterstützung von Monat zu Monat. Mit einer Gesamtleistung von rund 773 000 Mark sind die Auszahlungen des Vorjahres um 213 000 Mark überschritten. An die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder wurden 88 000 Mk. ausgezahlt. Die Krankenkasse des DSB hatte eine Beitragseinnahme von rund 29 000 000 Mk., von denen 25 000 000 Mk. an Aufwendungen für die Krankenhilfe ausgezahlt wurden.

In der Hamburger Kaufmannsschule fanden 129 Lehrgänge mit 3 784 Teilnehmern statt. Die Tagesschule war in 14 Abt. mit 360 Schülern besetzt. Die Sprachenschule des DSB in London hatte seit Eröffnung Anfang April in 6 Abteilungen 131 Besucher. Weitere Sprachenschulen wurden am 1. Januar dieses Jahres in Paris und Barcelona eröffnet. Die Film- und Lichtbildstelle verlieh 2974 Lichtbildserien und 1015 Kultur- und Lehrfilme. Der große DSB-Film „Der Kaufmannsgehilfe — sein Stand und sein Verband“ wurde im Laufe des Jahres 300mal aufgeführt. Um die Bildungsarbeit zu fördern und das Gemeinschaftsleben in den Ortsgruppen zu festigen, wurden eigene Heime eingerichtet. Am Jahresende bestanden 212 dieser Heime, zum großen Teil in eigenen Häusern. In 30 weiteren Orten sind Heime in Vorbereitung. Ueber alle Zweige der Bildungsarbeit liegen noch keine Zahlen vor. Es läßt sich aber schon jetzt sagen, daß es in Deutschland und überhaupt in der ganzen Welt weder Gewerkschaften noch sonstige Organisationen gibt, die dem DSB in seinen Einrichtungen auf dem Gebiete der Berufs- und Allgemeinbildung gleichkommen.

Ein ebenso starker Aufstieg wie beim DSB selbst ist auch bei seinen wirtschaftlichen Unternehmungen zu verzeichnen. Bei der Sparkasse stieg die Zahl der Sparkonten auf 48 000; der Einlagenbestand wurde von 27 auf 38 Millionen Reichsmark erhöht. Die „Deutscher Ring — Lebensversicherungs-V.-G.“ überschritt bereits am 7. Oktober die 300. Million Einlagenbestand. Die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten, deren Hauptbeteiligter der DSB ist, hat bisher, über ganz Deutschland verteilt, 16 000 Kleinhäuser und Wohnungen fertiggestellt.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute nachmittag 4 1/2 Uhr, nach kurzer Krankheit meine liebe Frau, unsere treuversorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau Wilhelmine Knauf
geb. Reifmann

im 70. Lebensjahre durch einen sanften Tod zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

In tiefem Schmerz:

Wilhelm Knauf
Dr. Wilhelm Knauf
Karl Jken und Frau Lisa
geb. Knauf
Martin Mutschke und Frau Olga
geb. Knauf
Helene Knauf geb. Schröder
Lisa Knauf
Ursula Mutschke.

Bielefeld, den 21. Januar 1930.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Januar nachm. 2 1/2 Uhr, von der Friedhofskapelle in Bethel aus statt.

Allen denen, die uns während der langen Krankheit und beim Heimgang unseres geliebten Vaters ihre Teilnahme schenken, danken wir herzlichst

Geschwister Bracht.

Bielefeld, den 21. Januar 1930.

Mutterhaus sucht

1 feingeb., bewußt a. d. Grunde d. Evang.'arbeit stehende leit. Schwester f. Krankenhaus

mit 120 Betten. Bevorz. w. Bewerberinnen, Mitte 30, die i. d. Mutterh. eintr. Beding. Erfahrung i. s.ä.ä. Geb. d. K. Pfl., Wirtsch. Führung; befähigt Schülerinnen auszubilden. Vergüt. zeitgem. Tascheng. u. Altersvers. Meldg. an die Oberin durch die Geschäftsst. des Aufw. unter A 6028.

Suche für meinen geleiteten Etagehaushalt zum 1. oder 15. 3. eine gebildete, gesunde und kinderliebende

Haustochter

nicht unter 20 Jahren, die mich neben kleinen häuslichen Pflichten hauptsächlich in der Pflege und Erziehung meiner zwei Töchter von 4 1/2 und 2 1/2 Jahren unterstützt. Taschengeld und voller Familienanhang. Zweite Haustochter fürs Haus und sonstige Hilfe vorhanden. Angebote mit Bild und Lebenslauf an

Frau Fabritant Hans Seidel, Bielefeld, Gütersloherstraße 92.

Geschwistern empfehle ich meine hochfeine

Schleswig - Holsteinische Meiereifabrik

Thomas Henningsen, Butterversandhaus, Schürderup, Süderbrarup, Kr. Schleswig Land. tägl. morgens frisch hergestellt. Versand in 9,6 und 5 Pfund-Postpaketen gegen Nachnahme.

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Gemüse-, Feld- u. Blumenjamen

Anohergewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien. Baumfarbstoffe: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen. Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausländische Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Christlich-sozialer Volksdienst

Generalversammlung

für den Bezirk Minden-Ravensberg und Lippe

Am Sonntag, den 26. Januar 1929, nachm. 2 1/2 (14³⁰) Uhr in Herford, Ev. Vereinshaus.

Alle Mitglieder werden zur Beteiligung herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

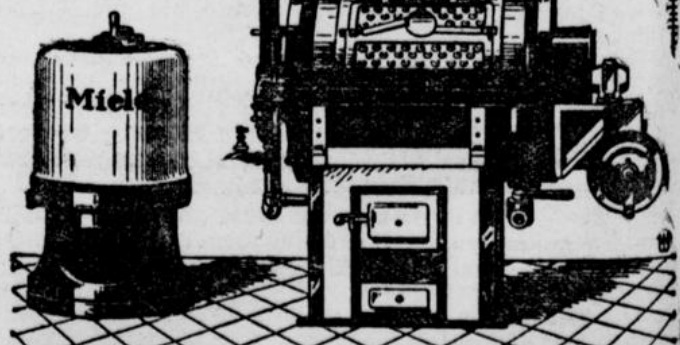
Bethelschule.

Oeffentl. höhere Mädchenschule in Bethel.

Lehrplan des Lyzeums. Förderstunden und Beaufsichtigung der Schularbeiten durch Lehrkräfte. Anmeldungen vorm. i. d. Schule.

Miele Hauswaschanlagen

für Hotels, Restaurants, Krankenhäuser, Sanatorien, Villen usw.



Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter

Schriftleitung: B. Kraus, Wirtschafts- und Volkswirtschaft: Dr. F. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schliefach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3918, Am Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Nr. 21.

Die neue...

Die neue...

Die neue...

Die neue...

Die neue...

Die neue...

Die neue...